

Provokante Thesen eines Berliner Schulleiters

Beitrag von „Nettmensch“ vom 11. Februar 2014 11:05

Ich habe das als positiv bezeichnete Beispiel der Entlassung von 74 Lehrern in den USA mal nachgelesen:

<https://www.wsws.org/en/articles/2010/05/cent-m19.html>

<http://abcnews.go.com/WN/rhode-islan...tory?id=9911693>

Situation:

Die Schule liegt in einem "Problemviertel", aka einem kleinen Ort, 65% der Schüler kommen aus hispanischen Zuwanderfamilien, 14% sind afroamerikanischer Herkunft. 30% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsschwelle (die in den USA bekanntlich ohnehin noch deutlich unter der deutschen liegt). 96% (in Worten sechsundneunzig) qualifizieren sich für kostenfreie oder kostenreduzierte Schulspeisung. Es zwar nicht ganz Neukölln, aber für amerikanische Verhältnisse nahe dran.

In der High School haben nur 48% ihr Diploma erreicht (sehr großzügig ausgedrückt: ihr Abitur oder erweiterten Realschulabschluß gemacht). Daraufhin wollte die Schulbehörde z.T. schlechter bezahlte, z.T. unbezahlte dauerhafte Mehrarbeit für eine Art Hausaufgabenbetreuung einführen und bis zu 10 Sommerferientage für zusätzliche Fortbildung vorschreiben.

Als die Lehrer und die Gewerkschaft das ablehnten, wurde die gesamte Belegschaft durch den Schulrat gefeuert mit der Begründung, dass die Schule einen "turnaround" brauche. Dafür gibt es eine eigenen Gesetzgebung, nach der Schulen die in einem "turnaround"-Programm sind alle ihre Lehrer entlassen und nicht mehr als die Hälfte neu einstellen dürfen. In Reaktion hat die Gewerkschaft nachgegeben und alle Bedingungen wurden akzeptiert im Gegenzug zur Wiedereinstellung aller Lehrer.

Was sagt uns das? Offenbar zeichnen sich schlechte Lehrer dadurch aus, dass viele Leute ihr Abitur nicht schaffen. Seltsamerweise arbeiten all diese schlechten Lehrer in sozialen Brennpunkten. Ob es am Ende vielleicht nicht (nur) an den Lehrern lag? Man muss natürlich hinzufügen, dass sich das ganze in der Wirtschaftskrise ereignete und die Lehrer durch das Marktumfeld schlechte Karten haben. In Deutschland würde ein solches Szenario vorr. zu einem Massenexodus von MINT-Lehrern aus dem Bundesland führen, d.h. bei einer Neueinstellung der gefeuerten müsste der Unterricht ohne Mathe, Physik, Chemie statt finden. Es zeigt aber auch, dass der Staat so er die Möglichkeit hat, seine Verhandlungsmacht voll ausnutzt und Dinge wie Fairness nicht selbstverständlich sind.

Da kann man als angestellter Lehrer - wie alle neuen in Berlin - nur froh sein, dass es bei uns das Kündigungsschutzgesetz gibt. Einen Tarifvertrag gibt es ja für die angestellten Lehrer nicht. Ich verstehe natürlich, dass man unfähige Ausnahmefälle bei Lehrern (sicher nicht 50%), entfernen können muss. Aber bei bestimmten Ideen (besser Wunschvorstellungen) die aktuell durch die Medien geistern - auch lanciert durch "Bildungsökonomen" und einige Schulleiter - kann man nur den Kopf schütteln. Das würde oft auf ein spezielles Lehrerarbeitsrecht hinauslaufen, bei denen das für normale Angestellte gültige Kündigungsschutzgesetz außer Kraft gesetzt wird. Falls das überhaupt verfassungskonform ist. Und falls ihnen nicht dann alle Mathe-/Physiklehrer davon laufen. Einem Schulleiter oder Professor, der es sich in seiner Verbeamtung bequem gemacht hat kommen solche Forderungen sicher leicht über die Lippen. Dann möchte ich aber auch, dass diese Leute anbieten bei einer Umsetzung in ein Angestelltenverhältnis zu wechseln, neu in eine "Problem-Uni" wechseln und sich nach gleichem Maßstäben beurteilen und ggf. feuern lassen.